

A = bereits im Entwurf ausgeführt
 B = Begründung ändern oder ergänzen
 H = Handlungsbedarf außerhalb des Planwerks
 K = Keine Abwägung erforderlich
 N = Nicht übernehmen, da andere Belange überwiegen
 P = Änderung oder Ergänzung der Planzeichnung
 T = Textliche Festsetzung/Hinweise ändern
 U = Umweltbericht ändern oder ergänzen
 V = Vorschlag bereits im Plan berücksichtigt
 Z = Zurückweisung einer Argumentation

Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

- Beteiligung gem. § 4, Abs. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB -

Postausgang der Information zum Planvorhaben: 13.01.2022
 Abgabe der schriftlichen Stellungnahmen bis zum: 21.02.2022 (im Einzelfall Fristverlängerung bis 28.02.2022)

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Förmliche Beteiligung
		Stellungnahme vom
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange		
1	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz, und Dienstleistungen der Bundeswehr Infra I 3	13.01.2022
2	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Bundesforst – Facility Management	-
3	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg Referat GL 5	22.02.2022
4	Landesamt für Umwelt	21.02.2022
5	Brandenburgisches Landesamt für Denkmal-pflege und Archäologisches Landesmuseum Bodendenkmalpflege	-

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Förmliche Beteiligung
		Stellungnahme vom
6	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	03.02.2022
7	Landesamt für Bauen und Verkehr	08.02.2022
8	Landesbetrieb Forst Brandenburg Oberförsterei Lehnin (Golzow, Planebruch)	13.01.2022
9	Landesbetrieb Straßenwesen Dienststelle Potsdam	20.01.2022
10	Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg Kampfmittelbeseitigungsdienst	-
11	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming	28.01.2022
12	Landkreis Potsdam-Mittelmark	21.02.2022
13	Stadt Bad Belzig	-
14	Gemeinde Kloster Lehnin	31.01.2022
15	Gemeinde Planebruch über Amt Brück	-
16	Wasser- und Abwasserzweckverband „Hoher Fläming“	-
17	Wasser- und Bodenverband „Plane-Buckau“ (Borkwalde, Brück, Linthe, Golzow, Planebruch)	-
18	Wasser- und Bodenverband "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen" (Borkwalde, Golzow, Planebruch)	-
19	GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH	19.01.2022
20	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG	19.01.2022
21	E.DIS AG	13.01.2022
22	50Hertz Transmission GmbH	13.01.2022
23	Deutsche Telekom Technik GmbH Technik Niederlassung Ost Produktion Technische Infrastruktur 32	-
24	Industrie- und Handelskammer Potsdam	28.02.2022

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Inhalt der Anregungen	Abwägungsvorschlag	Vermerk
1	<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz, und Dienstleistungen der Bundeswehr Infra I 3 Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 13.01.2022</p> <p>Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden die Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zur Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</p>	<p>- Belange berührt, jedoch nicht beeinträchtigt, keine Einwände -> keine Abwägung erforderlich</p>	K
2	<p>Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Bundesforst – Facility Management Förmliche Beteiligung: keine Stellungnahme</p>	-	-
3	<p>Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg Referat GL 5 Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 22.02.2022</p> <p>Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht: Die Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst.</p> <p>Zielmitteilung/Erläuterungen: Mit dem vorliegenden Verfahren soll der vorhandene Lebensmittelmarkt innerhalb eines Sondergebietes großflächiger Einzelhandel von 730 m² auf eine Verkaufsfläche von ca. 1270 m² erweitert werden. Mit der FNP-Änderung erfolgt die Ausweisung und Darstellung des Zentralen Versorgungsbereiches für die Gemeinde Golzow sowie des Sondergebietes. Die Mitteilung der Ziele der Raumordnung haben Sie mit unserer Stellungnahme vom 18.10.2020 zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Kirchfeld“ erhalten. Diese Stellungnahme behält weiterhin Gültigkeit. Durch die nachvollziehbare Abgrenzung und Ausweisung des Zentralen Versorgungsbereiches unter Einbeziehung des Planstandortes sowie bereits vorhandener Einzelhandelsangebote ist die Vereinbarkeit mit Ziel 2.12 LEP HR zur FNP-Änderung (ZVB) sowie dem B-Plan (Erweiterung Edeka) gegeben. Wir weisen klarstellend darauf hin, dass der Regionalplan Havelland Fläming 3.0, auf den in der Begründung zum FNP Bezug genommen wird, derzeit als Entwurf vorliegt, die Trägerbeteiligung vrsl. Im März d. J. beginnen wird und dort enthaltene Zielfestlegungen z. Zt. als in Aufstellung befindliche Ziele anzusehen sind.</p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</p> <ul style="list-style-type: none"> Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, GVBl. I S. 235 Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 GVBl. II, Nr. 35; 	<p>- Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst -> keine Abwägung erforderlich</p>	A, K

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

	<ul style="list-style-type: none"> Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 18.11.2021, im Internet aufrufbar unter https://Havelland-flaeming.de/regionalplan/regionalplan-3-0/ <p>Bindungswirkung Gemäß §1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Hinweise</p> <ul style="list-style-type: none"> Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt. Wir bitten, Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen, Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die Einstellung von Verfahren nur in digitaler Form durchzuführen (E-Mail oder Download-Link) und dafür ausschließlich unser Referatspostfach zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de. <p>Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf.</p>		

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Inhalt der Anregungen	Abwägungsvorschlag	Vermerk
4	<p>Landesamt für Umwelt Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 21.02.2022</p> <p>Die zum o.g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.</p> <p>Belang: Immissionsschutz</p> <p>Fachliche Stellungnahme</p> <p>1. Benennen und Kurzbeschreibung des Vorhabens</p> <p>Die Gemeinde Golzow plant im Zuge der ersten Änderung des Bebauungsplans (B-Plan) „Kirchfeld“ eine Anpassung ihres Flächennutzungsplans (FNP). Inhalt der 6. Änderung des FNP ist die Ausweisung einer Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung großflächiger Einzelhandel in einem bisher als gemischte Baufläche und Wohnbaufläche ausgewiesenen Bereich im Norden des Gemeindegebiets. Anlass für die 6. Änderung des FNP ist die geplante Erweiterung des EDEKA Marktes in der Ortslage Golzow. Die Größe des räumlichen Geltungsbereiches beträgt 9.585 m².</p> <p>2. Fachstellungnahme mit Benennung der gesetzlichen Grundlage (Begründung)</p> <p><u>Rechtsgrundlage</u> Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie ermittelt. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt</p>	<p>- Zustimmung erfolgt -> keine Abwägung erforderlich</p>	K

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

	<p>die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).</p> <p><u>Planumfeld</u></p> <p>Die Änderungsfläche wird derzeit bereits als Lebensmittelmarkt benutzt, die Erweiterung erfolgt in einen bisher als Grünland genutzten Bereich. Im Osten wird das Änderungsgebiet durch die B102 (Brandenburger Straße) begrenzt, daran anschließend befindet sich, wie auch im Norden und Süden, die gewachsene Bebauung der Ortslage. Im Westen grenzt ein schmaler Streifen Bebauung an, danach folgen Flächen für die Landwirtschaft.</p> <p>Der Planungsgrundsatz des § 50 wird eingehalten.</p> <p><u>Schutzanspruch</u></p> <p>Da einer Sonderbaufläche kein konkreter Orientierungswert nach Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 zugeordnet ist und auch die TA Lärm dieser Nutzungsart keinen speziellen Immissionswert zuordnet, ist der Schutzanspruch nach der konkret geplanten Nutzung zu bestimmen. Eine Nutzung als großflächiger Einzelhandel kann als Gebietstyp nach BauNVO sowohl dem Mischgebiet nach § 6 als auch dem Gewerbegebiet nach § 8 zugeordnet werden. Da die angrenzenden Nutzungen am ehesten denen eines Mischgebietes ähneln und auch der Flächennutzungsplan die angrenzenden Gebiete als gemischte Bauflächen ausweist, halte ich die Orientierungswerte von 60 dB (A) tags und 45 dB(A) nachts bzw. 50 dB (A) nachts für Verkehrslärm als zielführend. Da alle anderen aufgeführten schädlichen Umwelteinwirkungen hier keine relevante Bedeutung haben, wird auf die Darstellung des Schutzanspruchs gegenüber diesen Immissionen verzichtet.</p> <p><u>Immissionssituation</u></p> <p>Auf das Änderungsgebiet wirken insbesondere Lärmimmissionen durch den Verkehr auf der B 102 sowie untergeordnet Lärm durch angrenzende gewerbliche Anlagen. Vom Änderungsgebiet wird insbesondere Lärm emittiert.</p> <p>In nachfolgenden Verfahren sind sowohl die einwirkenden als auch die vom geplanten Vorhaben emittierten Geräusche näher zu betrachten.</p> <p>In einem zu beachtenden Abstand zur Erweiterungsfläche befinden sich keine mir bekannten Anlagen, welche den Anforderungen der 12. BImSchV unterliegen.</p> <p>Fazit:</p> <p>Unter Berücksichtigung der v. g. Ausführungen kann dem Vorhaben hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes zugestimmt werden.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.</p>		
5	<p>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Bodendenkmalpflege Förmliche Beteiligung: keine Stellungnahme</p>	<p>- Stellungnahme ist parallel im Rahmen der Beteiligung zum B-Plan-Verfahren am 19.01.2022 eingegangen und wird berücksichtigt.</p>	K

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Inhalt der Anregungen	Abwägungsvorschlag	Vermerk
6	<p>Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 03.02.2022</p> <p>Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o.g. Planung wie folgt:</p> <p>Stellungnahme</p> <p>Keine Betroffenheit durch die Planung.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können: <p>Keine.</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands: <p>Keine.</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan: <p>Geologie:</p> <p>Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.</p> <p>Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder bauphysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§8 ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).</p>	<p>- keine Betroffenheit durch die Planung -> keine Abwägung erforderlich</p>	<p>K</p>

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Inhalt der Anregungen	Abwägungsvorschlag	Vermerk
7	<p>Landesamt für Bauen und Verkehr Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 08.02.2022</p> <p>Den von Ihnen eingereichte Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsobehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren“ (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15. Juli 2015, S.575) geprüft.</p> <p>Mit der vorliegenden Änderung des Flächennutzungsplanes soll die 1. Änderung des Bebauungsplans „Kirchfeld“, Bereich „Verbrauchermarkt Brandenburger Straße“ der Gemeinde Golzow planungsrechtlich gesichert werden.</p> <p>Aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes bestehen gegen die vorliegende FNP-Änderung keine Einwände. Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, ziviler Luftverkehr und übriger ÖPNV werden durch die Planänderung nicht berührt.</p> <p>Informationen über Planungen oder sonstige Maßnahmen der v. g. Verkehrsbereiche, die das Plangebiet betreffen könnten, liegen mir nicht vor.</p> <p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>	<p>- Keine Einwände, Belange nicht berührt -> keine Abwägung erforderlich</p>	K
8	<p>Landesbetrieb Forst Brandenburg Oberförsterei Lehnin (Golzow, Planebruch) Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 13.01.2022</p> <p>Aus Sicht der unteren Forstbehörde Oberförsterei Lehnin ergeben sich keine Bedenken, da kein Wald gemäß § 2 LWaldG betroffen ist. Im Grenzgebiet zum Änderungsbereich befinden sich ebenfalls keine Waldflächen.</p>	<p>- keine Bedenken, da keine Betroffenheit -> keine Abwägung erforderlich</p>	K

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Inhalt der Anregungen	Abwägungsvorschlag	Vermerk
9	<p>Landesbetrieb Straßenwesen Dienststelle Potsdam Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 20.01.2022</p> <p>Der Geltungsbereich der Planung befindet sich im Norden der Gemeinde Golzow an der Bundesstraße (B) 102. Im Zuge der Flächennutzungsplanänderung wird die Fläche des bestehenden Verbrauchermarktes (Wohnbau- und gemischte Baufläche) als Sonderbaufläche Einzelhandel festgesetzt. Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststelle Potsdam (LS) ist im betreffenden Abschnitt für die B 102 zuständig und nimmt wie folgt Stellung:</p> <p>Seitens des LS bestehen keine Bedenken hinsichtlich der angedachten Planung.</p>	<p>- keine Bedenken -> keine Abwägung erforderlich</p>	K
10	<p>Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg Kampfmittelbeseitigungsdienst Förmliche Beteiligung: keine Stellungnahme</p>	-	-
11	<p>Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 28.01.2022</p> <p>1.Formale Hinweise</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 08. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. I Nr. 19), Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.</p> <p>Der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 ist auf Grund der Urteile des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 05. Juli 2018 unwirksam geworden.</p> <p>Auf Grund des § 2c Absatz 1 des RegBkPIG hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming am 27. Juni 2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss und das Planungskonzept zur Steuerung der Windenergienutzung wurden im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 28 vom 24. Juli 2019 bekannt gemacht.</p> <p>In der 6. öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung am 18. November 2021 wurde der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021 bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt. Die Regionalversammlung hat zudem beschlossen, für den Entwurf des Regionalplans das Beteiligungsverfahren sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG durchzuführen. Mit dem Beginn des Beteiligungsverfahrens ist Anfang März 2022 zu</p>	<p>- Belange nicht berührt -> keine Abwägung erforderlich</p>	K

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

	<p>rechnen. Die Frist für die Abgabe von Stellungnahmen wird drei Monate betragen. In Aufstellung befindliche Ziele und Grundsätze der Regionalplanung sind nach § 4 Abs. 1 ROG als sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.</p> <p>Die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Havelland-Fläming „Grundfunktionale Schwerpunkte“ wurde mit Bescheid vom 23. November 2020 von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 23. Dezember 2020 trat der sachliche Teilregionalplan in Kraft.</p> <p>2.Regionalplanerische Belange</p> <p>Der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 trifft insbesondere textliche und zeichnerische Festlegungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - zur Daseinsvorsorge und Siedlungsentwicklung, - zum vorbeugenden Hochwasserschutz, - zur räumlichen Steuerung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen, - zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe, - zur landwirtschaftlichen Bodennutzung und - zum Freiraum. <p>Mehr Informationen finden Sie unter: https://havelland-flaeming.de/regionalplan/regionalplan-3-0/.</p> <p>Wie Sie bereits unter 3.3 des Entwurfs zur 6. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Golzow beschrieben, liegt das Plangebiet gemäß Grundsatz 1.1 des Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 in einem Vorbehaltsgebiet Siedlung. In den Vorbehaltsgebieten Siedlung kommt der Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht zu.</p> <p>Die Belange der Regionalplanung werden durch das Vorhaben nicht berührt.</p>		

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Inhalt der Anregungen	Abwägungsvorschlag	Vermerk
12	<p>Landkreis Potsdam-Mittelmark Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 21.02.2022</p> <p>Folgende Fachdienste des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurden beteiligt und geben nachstehende Einwendungen aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit sowie allgemeine Hinweise.</p> <p>Diese Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entspricht keiner vollumfänglichen rechtsaufsichtlichen Prüfung.</p> <p>Fachdienst Umwelt</p> <p>Untere Wasserbehörde</p> <p>Es ergeben sich keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken.</p> <p>Untere Abfallwirtschaftsbehörde</p> <p>Die UAWB hat keine fachlichen Einwendungen zum geplanten Vorhaben.</p> <p>Rechtsgrundlage:</p> <p>Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212). Zuletzt geändert durch Art. 20 des Gesetzes v. 10.08.2021 (BGBl. I S. 3436)</p> <p>Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598)</p> <p>Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 06.06.1997. Zuletzt geändert durch Art. 2 Absatz 7 des Gesetzes vom 25.01.2016 (GVBl.I/16, [Nr. 5]).</p> <p>Weitergehende Hinweise</p> <p>1. Abfälle, die im Rahmen von Baumaßnahmen anfallen, sind gemäß §§ 7 ff. des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) getrennt zu halten und einer stofflichen oder energetischen Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und</p>	<p>- <u>Untere Wasserbehörde:</u> Keine Hinweise, Anregungen, Bedenken -> keine Abwägung erforderlich</p> <p>- <u>Untere Abfallwirtschaftsbehörde:</u> - keine fachlichen Einwendungen - Hinweise werden in der Bauphase beachtet, bzw. im Genehmigungsverfahren berücksichtigt</p>	<p>K</p> <p>K, H</p>

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

<p>wirtschaftlich zumutbar ist. Auch anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist Abfall im Sinne dieses Gesetzes und zu entsorgen.</p> <p>Anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist vor der Entsorgung auf Schadstoffe zu untersuchen. Die Probenahme und Analytik hat nach den Vorgaben der PN 98 in Verbindung mit der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, Mitteilung 20 (LAGA M 20 – Anforderungen an die stoffliche Verwertung mineralischer Abfälle) zu erfolgen.</p> <p>Die gesetzliche Pflicht zur Abfalltrennung gebietet einen qualifizierten und kontrollierten Umgang mit Abfällen. Eine Vermischung unterschiedlicher Abfallarten ist unzulässig. Baustellen sind daher so einzurichten, dass u. a. nicht verwendete Baustoffe, Bauschutt, Bodenaushub, Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz sowie Papier und Pappe getrennt erfasst werden. Zur Erfüllung der Getrennthaltungspflicht sind in ausreichendem Maße Sammelbehälter bereitzuhalten.</p> <p>Folgende Pflichten (Gesamtabfallmenge > 10 m³) sind in diesem Zusammenhang von Gewerbebetrieben zu erfüllen (s. a. Informationen zur novellierten Gewerbeabfallverordnung des MLUL1):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Getrenntsammlungs- und Verwertungspflichten nach § 8 Abs. 1 Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) - Dokumentationspflichten nach § 8 Abs. 3 GewAbfV - Vorbehandlungs- und Aufbereitungspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 1 GewAbfV - Dokumentationspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 6 GewAbfV <p>Nicht verwertbare Abfälle sind gemäß § 15 KrWG gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Für die Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) sind ausschließlich dafür zugelassene und geeignete Unternehmen heranzuziehen. Die Verantwortung obliegt dem Bauherrn.</p> <p>Entsorgungsbelege wie Rechnungen, Wiegescheine, Übernahmescheine, etc. sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen.</p> <p>2. Sofern bei einem Bauvorhaben Abbruchmaßnahmen an einem Bestandsgebäude vorgesehen sind, ist durch den Vorhabenträger grundsätzlich eine Rückbauplanung inkl. eines Entsorgungskonzeptes (s. Anhang) gemäß „Brandenburger Leitfaden für den Rückbau von Gebäuden“ bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde zur Abstimmung einzureichen. Letzteres ist nach Abfallarten, gemäß Abfallverzeichnisverordnung mit den dazugehörigen Mengen und den beabsichtigten Entsorgungswegen aufzuschlüsseln. Dies schließt auch ggf. anfallenden Bodenaushub ein, der nicht vor Ort wiederverwendet soll.</p>		
--	--	--

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

	<p>3. Darüber hinaus ist die UAWB zu informieren, sofern bei einem Bauvorhaben eine Verwertung/ein Einbau von aufbereiteten mineralischen Abfällen (z. B. RC-Material) vorgesehen ist, um die entsprechenden Anforderungen an das vorgesehene Material abzustimmen.</p> <p>4. Bei Konkretisierung geplanter Bau-/Abbruchmaßnahmen ist die Untere Abfallwirtschaftsbehörde erneut zu beteiligen.</p> <p>Untere Bodenschutzbehörde</p> <p>Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im zukünftigen Gebiet des o.g. Flächennutzungsplans keine Altlasten bzw. Altlastenverdachtsflächen bekannt.</p> <p><u>Besondere Böden</u> Nach der Themenkarte „LK PM Landschaftsrahmenplan; Karte 8; Teilblatt Südwest: Besondere Böden, Maßstab 1:50.000“ des LK Potsdam-Mittelmark vom 19.07.2006 liegen Gleye als besondere Böden vor.</p> <p><u>Schädliche Bodenveränderungen vermeiden</u> Im Allgemeinen ist darauf hinzuweisen, dass sich jeder, der auf den Boden einwirkt, gemäß § 4 Abs. 1 BBodSchG so zu verhalten hat, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden können. Grundsätzlich ist gemäß § 7 BBodSchG derjenige, der Verrichtungen auf einem Grundstück durchführt oder durchführen lässt, verpflichtet, Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die durch ihre Nutzung auf dem Grundstück oder in dessen Einwirkungsbereich hervorgerufen werden können.</p> <p>Untere Naturschutzbehörde</p> <p>Es ergeben sich keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken.</p> <p>Fachdienst Gesundheit</p> <p>Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz – BbgGDG) vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Zur Abwehr akuter gesundheitlicher Schäden sowie gesundheitlicher Langzeitwirkungen werden dem entsprechend erforderliche Maßnahmen getroffen. Das o.g. Vorhaben, Stand Oktober 2021, wurde fachamtlich anhand vorgelegter Begründung mit Umweltbericht bezüglich der Auswirkungen von Lärm und Einflüssen auf das Schutzgut Mensch geprüft.</p>	<p>- <u>Untere Bodenschutzbehörde:</u> Keine Altlastenfläche bekannt - Hinweise werden in der Bauphase beachtet, bzw. im Genehmigungsverfahren berücksichtigt</p> <p>- <u>Untere Naturschutzbehörde:</u> - Keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken -> keine Abwägung erforderlich</p> <p>- <u>Fachdienst Gesundheit:</u> -> keine Abwägung erforderlich</p>	<p>K, H</p> <p>K</p> <p>K</p>
--	---	--	-------------------------------

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

<p>Anlass für die Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Golzow ist die geplante Erweiterung des EDEKA Marktes in der Ortslage Golzow und die damit verbundene Aufstellung des Bebauungsplanes Sondergebiet großflächiger Einzelhandel.</p> <p>Trinkwasser</p> <p>Das Plangebiet liegt außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.</p> <p>Im Rahmen der Erstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sind die entsprechenden Gutachten in Bezug auf die Belange des Schutzgutes Mensch zu erstellen.</p> <p>Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.</p> <p>Fachdienst Öffentliches Recht / Kommunalaufsicht / Denkmalschutz, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde</p> <p><u>Baudenkmalschutz</u></p> <p>Im Planungsgebiet bzw. in dessen Umgebung befinden sich mehrere Baudenkmale. Zu diesen gehören:</p> <p>Dorfkirche Pernitz (Gem. Pernitz, Flur 3, Flurst. 25)</p> <p>Dorfkirche Golzow (Gem. Golzow, Flur 2, Flurst. 788)</p> <p>Dorfschule und Küsterhaus mit Nebengebäuden, Hauptstr. 10 (Gem. Golzow, Flur 2, Flurst. 700)</p> <p>Ehem. Schlossanlage mit den Objekten Brennerei, Mauer- und Kellerresten des Schlosses,</p> <p>Resten des Burggrabens, Gutspark, Stall- und Nebengebäude, Amtshaus (Gem. Golzow, Flur 2, Flurst. 1, 11, 12/6, 3/1, 3/2, 4/2, 5/2, 543, 6/1, 6/2, 7, 711, 8, 9, 918, 919, 932, 945, 947, 948, 959, 960, 961, 962 (u.a.))</p> <p>Die genannten Objekte sind gemäß §§ 1 und 2 Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz (BbgDSchG – GVBl Land Brandenburg Teil I Nr. 9 vom 24.05.2004, S. 215 ff) Denkmale. Sie wurden rechtskräftig nachrichtlich nach § 3 BbgDSchG als Einzeldenkmale in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragen.</p> <p>Zudem werden durch den Flächennutzungsplan Änderungen in Bereichen historischer Ortskerne ausgewiesen, die nicht nur Einfluss auf die Umgebung und den Wirkungsraum geschützter Einzeldenkmale haben, sondern auch eine Beeinträchtigung der ortstypischen und ortsbildprägenden Bau- und Materialsystematik darstellen.</p> <p>Hinweise und Anregungen</p> <p>Eine direkte Beeinträchtigung bestehender Einzeldenkmale ist durch die Änderung des FNP mit seinem abgeschlossenen und begrenzten Planungsgebiet (Gem. Pernitz, Flur 3, Flurst. 108/2 tlw., 256, 261) nicht zu erwarten. Für die</p>	<p>- <u>Trinkwasser:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Keine Hinweise, Anregungen und Einwendungen - wurde beim B-Plan beachtet <p>- <u>Fachdienst Öffentliches Recht / Kommunalaufsicht / Denkmalschutz, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Beeinträchtigung der Einzeldenkmale ist nicht zu erwarten - Der Hinweis auf denkmalschutzrechtliche Auflagen wird im B-Plan ergänzt - Eine denkmalrechtliche Erlaubnis wird im Genehmigungsverfahren beantragt - Hinweise zur ortstypischen Architektursprache werden im Genehmigungsverfahren beachtet 	<p>K, A</p> <p>H, P</p>
--	--	---------------------------------------

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

	<p>Nutzungsbereiche in der näheren Umgebung von Einzeldenkmälern und in den Bereichen historischer Ortskerne ist eine Zusammenarbeit mit den Denkmalbehörden denkmalrechtlich erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass auch die Veränderung in der Umgebung eines Denkmals einer Denkmalrechtlichen Erlaubnis nach §§ 9 Abs. 1; 19 des BbgDSchG bedarf, die mit Auflagen versehen werden kann, wenn durch das Bauvorhaben das Erscheinungsbild oder der Wirkungsraum eines Denkmals beeinträchtigt wird. Dies gilt insbesondere für Sichtachsen und Blickbeziehungen zu ortsbildprägenden Bauten, wie zum Beispiel Kirchen. Ein Hinweis auf denkmalrechtliche Anforderungen sollte Bestandteil der textlichen Ausführungen sein.</p> <p>Zudem muss für die entsprechenden Bereiche auf die Einhaltung einer ortsbildtypischen Architektursprache (Form, Material und Farbigkeit) geachtet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass der Landschaftsrahmenplan des Landkreises (Stand 19.07.2006) die Aufwertung von Siedlungsbereichen, die nicht unter die Maßgabe „Erhalt regionstypischer Dörfer“ fallen, festgeschrieben hat. Entsprechend gilt die Bewertung des Siedlungsbereiches Golzow-Pernitz nach LRP LK PM hinsichtlich der Bewertung der Erlebniswirksamkeit und der sich hieraus ergebenden Aufwertungsforderung (vgl. Landschaftsrahmenplan, Bd. 2, Belzig 2006, S. 130 sowie Karte 14, Teilblatt Nordwest).</p> <p><u>Bodendenkmalschutz</u></p> <p>Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im Plangebiet keine Bodendenkmale gem. §§ 1 und 2 Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG- GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff. bekannt.</p> <p>Unabhängig davon können jederzeit bei mit Eingriffen verbundenen Baumaßnahmen, wie sie auch im Untersuchungsraum geplant sind, Bodendenkmale z.B. in Form von Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Knochen, Stein- oder Metallgegenstände entdeckt werden. Diese sind unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG). Der Fund und die Fundstelle sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</p> <p>Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).</p>	<p><u>Bodendenkmalschutz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - keine Bodendenkmale bekannt -> keine Abwägung erforderlich - Hinweise sind im B-Plan bereits berücksichtigt 	<p>K, V</p>

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Inhalt der Anregungen	Abwägungsvorschlag	Vermerk
13	Stadt Bad Belzig Förmliche Beteiligung: keine Stellungnahme	-	-
14	Gemeinde Kloster Lehnin Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 31.01.2022 Von Seiten der Gemeinde Kloster Lehnin bestehen keine Einwände gegen die Planungsabsicht der Gemeinde Golzow. Belange der Gemeinde Kloster Lehnin werden nicht beeinträchtigt.	- Belange nicht berührt -> keine Abwägung erforderlich	K
15	Gemeinde Planebruch über Amt Brück Förmliche Beteiligung: keine Stellungnahme	-	-
16	Wasser- und Abwasserzweckverband „Hoher Fläming“ Förmliche Beteiligung: keine Stellungnahme	-	-
17	Wasser- und Bodenverband „Plane-Buckau“ (Borkwalde, Brück, Linthe, Golzow, Planebruch) Förmliche Beteiligung: keine Stellungnahme	-	-
18	Wasser- und Bodenverband "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen" (Borkwalde, Golzow, Planebruch) Förmliche Beteiligung: (Stellungnahme vom 14.01.2022) Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich des WBV Plane Buckau. Wir leiten ihre E-Mail hiermit weiter.	-	-

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Inhalt der Anregungen	Abwägungsvorschlag	Vermerk
19	<p>GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 19.01.2022</p> <p>Bezugnehmend auf Ihre oben genannte Anfrage, erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erdgasspeicher Peissen GmbH - Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) - VNG Gasspeicher GmbH - ONTRAS Gastransport GmbH <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der oben genannten Anlagenbetreiber. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben. Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen. Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig- also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn – eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p>	<p>- Belange nicht berührt -> keine Abwägung erforderlich</p>	K
20	<p>NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 19.01.2022</p> <p>Eine Versorgung des Plangebietes ist grundsätzlich durch Nutzung der öffentlichen Erschließungsflächen in Anlehnung an die DIN 1998 herzustellen. Darüber hinaus notwendige Flächen für Versorgungsleitungen und Anlagen sind gemäß § 5 Abs. 2 im Flächennutzungsplan festzusetzen.</p> <p>Nach Auswertung des Bebauungs- und Flächennutzungsplanentwurfs und der entsprechenden Begründung ist unserer Leitungsschutzanweisung zu beachten und folgendes in die weitere Planung einzuarbeiten: Bei Baumpflanzungen ist ohne Sicherungsmaßnahmen ein Abstand zu Leitungen von 2,5 m von der Rohraußenkante und Stromkabel zu den Stammachsen einzuhalten. Bei Unterschreitung dieses Abstandes sind in Abstimmung mit der NBB Schutzmaßnahmen festzulegen. Ein Mindestabstand von 1,5 m sollte jedoch in allen Fällen angestrebt werden. Bei Unterschreitung dieses Abstandes sind nur flach wurzelnde Bäume einzupflanzen, wobei gesichert werden muss, dass beim Herstellen der Pflanzgrube der senkrechte Abstand zwischen Sohle Pflanzgrube und</p>	<p>- Hinweise werden bei der Bauausführung beachtet</p>	H, K

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

	<p>Oberkante unserer Leitungen und Kabel mindestens 0,3 m beträgt. Weiter ist zwischen Rohrleitung/ Kabel und zu dem pflanzenden Baum eine PVC-Baumschutzplatte einzubringen. Der Umfang diese Einbauten ist im Vorfeld protokollarisch festzuhalten. Beim Ausheben der Pflanzgrube ist darauf zu achten, dass bei notwendigen Reparaturen an der Leitung/ Kabel nicht beschädigt werden. Wir weisen darauf hin, dass bei notwendigen Reparaturen an der Leitung/ Kabel der jeweilige Baum zu Lasten des Verursachers der Pflanzung entfernt werden muss.</p> <p>Gemäß Bestandsplan vom 13.01.2022 liegen Leitungen parallel zur Brandenburger Straße und eine Hauptleitung führt ins Bestandsgebäude.</p>		
21	<p>E.DIS AG Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 13.01.2022</p> <p>Anbei übersenden wir Ihnen die gewünschte Spartenauskunft. Im Bereich Ihrer Spartenanfrage befinden sich Versorgungsanlagen der E.DIS Netz GmbH. Gemäß Gesamtmedienplan Plan Nr.4 liegen Leitungen parallel zur Brandenburger Straße und eine Hauptleitung führt ins Bestandsgebäude.</p>	<p>- Bestandspläne werden bei der Bauausführung beachtet</p>	H
22	<p>50Hertz Transmission GmbH Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 13.01.2022</p> <p>Nach Prüfung der von Ihnen eingerichteten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z.B. Umspannwerke, Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH. Wird das Vorhaben geändert oder nicht innerhalb von zwei Jahren begonnen, ist es erneut zur Prüfung und Stellungnahme einzureichen.</p>	<p>- Belange nicht berührt -> keine Abwägung erforderlich</p>	K
23	<p>Deutsche Telekom Technik GmbH Technik Niederlassung Ost Förmliche Beteiligung: keine Stellungnahme</p>	-	-

6. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow
Ergebnisse der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Abwägungstabelle
Stand: 25.03.2022

Lfd. Nr.	Inhalt der Anregungen	Abwägungsvorschlag	Vermerk
24	<p>Industrie- und Handelskammer Potsdam Förmliche Beteiligung: Stellungnahme vom 28.02.2022</p> <p>Anlass für die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes ist die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Kirchfeld“ Bereich Verbrauchermarkt für das parallel ein Beteiligungsverfahren durchgeführt wird.</p> <p>Weiter wird von der GL gefordert, einen Zentralen Versorgungsbereich auszuweisen, um den raumplanerischen Zielstellung gerecht zu werden, wonach großflächige Einzelhandelsnutzungen außerhalb der Zentralen Orte bzw. der grundfunktionalen Schwerpunkte nur zulässig sind, sofern diese der Nahversorgung dienen und innerhalb eines Zentralen Versorgungsbereiches verortet sind.</p> <p>Im Rahmen der vorliegenden Begründung zur 6. Änderung des FNP wird nur bedingt in einem Absatz die vorgenommene Abgrenzung des ZVB begründet. Eine ausführliche inhaltliche Auseinandersetzung mit den vorliegenden Angebotsstrukturen, den städtebaulichen Gegebenheiten etc. erfolgt nicht. Die IHK merkt an, dass der ZVB in Relation zur Ortsgröße eine erhebliche räumliche Ausdehnung ausweist. Daraus ergibt sich nach Ansicht der IHK ein Klärungsbedarf, ob die vorgenommene Abgrenzung den Eigenschaften eines Zentralen Versorgungsbereiches entspricht. So liegt zunächst kein zusammenhängender Besatz an zentralitätsbildenden Nutzungen entlang des gesamten Erstreckungsbereiches des abgegrenzten ZVB vor. Diese Einschätzung findet sich ebenfalls in der im parallelen Beteiligungsverfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Kirchfeld“ Bereich Verbrauchermarkt beigefügten Auswirkungsanalyse der GMA wieder, in der es heißt: „In der Standortgemeinde Golzow konnte aufgrund des Siedlungsgefüges bzw. des langen Siedlungsbandes und der mangelnden Konzentration von Einzelhandels- und Komplementärnutzungen kein zentraler Versorgungsbereich identifiziert werden.“</p> <p>Die IHK Potsdam regt aus diesem Grund, analog zur Stellungnahme im Beteiligungsverfahren zur Änderung des Bebauungsplanes, die Erstellung eines kommunalen Einzelhandelskonzeptes an, indem eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Abgrenzung des Zentralen Versorgungsbereiches in Golzow erfolgt. So kann dem im Grundsatz von der IHK Potsdam positiv bewerteten Ansatz zur nachhaltigen Sicherung der Nahversorgung auch formal Rechnung getragen werden.</p> <p>Um eine weitere Einbeziehung wird gebeten. Vielen Dank.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) wurde am Verfahren beteiligt. In der vorliegenden Stellungnahme der GL wird darauf verwiesen, dass es sich um eine nachvollziehbare Abgrenzung und Ausweisung des Zentralen Versorgungsbereiches unter Einbeziehung des Planstandortes sowie bereits vorhandener Einzelhandelsangebote handelt und die Vereinbarkeit mit Ziel 2.12 LEP HR sowohl zur 6. Änderung des FNP als auch zur 1. Änderung des B-Planes „Kirchfeld“ gegeben ist. Eine rechtssichere Grundlage sollte somit gewährleistet sein. - Bezugnehmend auf die Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Kirchfeld“ wird die Auswirkungsanalyse der GMA diesbezüglich angepasst. - Ein kommunales Einzelhandelskonzept ist für die Gemeinde derzeit nicht vorgesehen. 	<p>N</p> <p>B</p> <p>Z</p>